

Mittelstädte und ihre Hochschulen

Text **Peer Pasternack und Steffen Zierold**

Die Wechselbeziehungen zwischen kleinen oder mittelgroßen Städten und ihren Hochschulen sind eng. Trotzdem es in Deutschland viele Hochschulen abseits der Metropolen gibt, sind die Strategien, dort städtische und universitäre Kompetenzen in Symbiose zu bringen, noch wenig ausgereift.

Etwa jede dritte deutsche Hochschule hat ihren Sitz in einer Mittel- oder Kleinstadt. Knapp die Hälfte der größeren Mittelstädte und fünf Prozent der kleineren Mittelstädte verfügen über eine Hochschule. Die meisten davon sind Fachhochschulen, daneben 18 Universitäten.¹ Städtisch, aber nicht großstädtisch zu sein, ist demnach für einen großen Teil der deutschen Hochschulen charakteristisch.

Rahmenbedingungen

Universitäten und Fachhochschulen sind ein wichtiger Standortfaktor, um Städte und Regionen wissenschaftlich anschlussfähig zu machen. Die Verwurzelung der deutschen Bildungseinrichtungen in der „Provinz“ hat eine lange Tradition, die auch in der späten Nationalstaatlichkeit Deutschlands begründet liegt. Doch wurde seit den sechziger Jahren stark in eine Ansiedlung neuer Institutionen an wenig prestigeträchtigen Standorten und in deren Ausstattung sowie Profilierung investiert. Allerdings sind an diesen Entwicklungsstandorten die wechselseitigen Resonanzbedingungen von Hochschulen und Mittelstädten häufig schwach ausgeprägt.²

Diese Mittelstädte halten kaum die städtische Infrastruktur vor und verfügen auch höchstens ansatzweise über ein kulturelles Angebot, wie sie in den meisten Stadtkonzepten als unverzichtbar für wissenschaftlich basierte Stadtentwicklung gelten. Die Dichte ortsansässiger wissenschaftlicher Akteure und Institutionen ist vergleichsweise niedrig. Die Hochschulen vor Ort sind meist sehr klein und haben folglich wenige Studenten. Gleichwohl, gemäß einer Studie der Hochschulrektorenkonferenz, sind derzeit 19 Prozent aller Studierenden in Deutschland an mittelstädtischen Hochschulen eingeschrieben.

Die hochschulinduzierte, wissenschaftsintensive Dienstleistungsnachfrage ist an jenen Standorten allerdings gedämpft, ebenso die Entwicklung von Start-ups aus der Lehre heraus. Außeruniversitäre Forschung wird eher vom örtlichen Naturkunde- oder Stadtmuseum repräsentiert als durch namhafte Forschungsinstitute. Die meist klein- und mittelständisch geprägte Unternehmenslandschaft ist häufig nur eingeschränkt in der Lage, vorhandenes Wissen zu erschließen. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen lediglich ausnahmsweise – vornehmlich in Süddeutschland – vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an Beschäftigungsoptionen für qualifizierte Hochschulabsolventen. Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf die lokale beziehungsweise regionale Bedürfnisbefriedi-

gung. Das kulturelle Leben ist eher von einem traditionell bildungsbürgerlichen Milieu geprägt als durch Avantgardisten. Auch wenn letztere zwar in den häufig abwanderungsgeprägten Mittelstädten Frei- und Erprobungsräume vorfinden, wie sie in Großstädten oder auch in den häufig attraktiveren alten Universitätsstädten, von oft ähnlicher Größe, rar werden, sind sie dort kaum anzutreffen.

Mit abnehmender Einwohnerzahl von Städten nimmt die Heterogenität, Diversität, Toleranz, Dichte und Offenheit der Bevölkerung tendenziell ab. Damit verbunden sinkt die Wahrscheinlichkeit, auf Unbekanntes, Unerwartetes, Ungleiches und Unfertiges zu treffen – auf noch nicht ausprobierte Alternativen. Es sinkt folglich die auf Milieueffekten gegründete Innovationswahrscheinlichkeit. Damit besteht ein Nachteil gegenüber Großstädten und Metropolen – und nichtmetropolitane Orte werden auch nicht dadurch zu ihrem Gegenteil, dass man sie zum Bestandteil von „Metropolregionen“ erklärt.

Immerhin aber prägt bereits die Anwesenheit der Hochschulen die Städte – ihre Bauten formen den Stadtraum, ihre Studierenden beleben die Lokalität (und Lokalitäten) und bringen auch Impulse für die angestammte Bevölkerung ein. Konsum, Miet- und Einkommenssteuerzahlungen der Hochschulangehörigen stimulieren die Wirtschaft. Die Dienstleistungsnachfrage der Hochschule wirkt positiv auf den Arbeitsmarkt. All das allerdings sind passive Wirkungen. Nur ausnahmsweise ergeben sich nahräumliche Wirkungen als Resultat einer aktiv wechselseitigen Einflussnahme von Hochschule und Stadt.

Als ein wesentlicher Grund dafür lässt sich identifizieren, dass es kaum gegenseitige Beeinflussungsinstrumente gibt: Die Städte verfügen gegenüber den Hochschulen über faktisch keine Steuerungsmechanismen und umgekehrt. Beide sind lediglich lose gekoppelt, und strukturelle Kopplungen ergeben sich – meist punktuell, weil temporär – allenfalls im Zusammenhang des Flächenmanagements. Kommunale Selbstverwaltung und Hochschulautonomie sind zwar jeweils für sich leistungsfähige Konzepte, jedoch wo sie aufeinandertreffen, schützen sie sich vor den Ansprüchen der jeweils anderen Seite.

Governance

Da sich Städte und Hochschulen nicht durch Steuerung im Sinne punktgenaue Eingriffshandeln aufeinander beziehen lassen, kommt alternativ infrage, entweder auf spontane Selbstorganisation zu vertrauen (und zu warten) oder neue Wege, jenseits von klassischer Steuerungsstrate-

gien zu finden. In der Hochschul-Stadt-Governance gilt es, ein „Management von Interdependenzen“ zu entwickeln, um die Koordination der beiden Seiten zu verbessern.

Nun haben sich sowohl Stadt- als auch Hochschulentwicklung als besonders planungsresistente Handlungsfelder bewiesen. Zwei solcher Felder zu synchronisieren, stellt eine Herausforderung dar: Zum einen gilt es, eigensinnige Handlungsrationitäten – wissenschaftlich-professionell vs. juristisch-bürokratisch – zu beachten. Zum anderen ist wissensbezogenes Suchen und Finden grundsätzlich nicht planbar. Daher können Anstrengungen, ein produktives Verhältnis zwischen Stadt und Hochschulen zu generieren, nicht auf Automatismen setzen, sondern müssen zuerst darauf zielen, eine Schnittmenge zu bestimmen. Plan- und gestaltbar sind somit lediglich Arrangements und Kontexte, welche die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, Kopplungen und letztendlich Kooperationen erhöhen.

Dort, wo hochschulische und städtische Akteure wechselseitig ihre Potenziale erschließen wollen, folgen sie denn auch meist instinktiv bereits dem Konzept der Kontextsteuerung. Hier lässt sich eine Reihe von Instrumenten identifizieren, die mittlerweile regelmäßig eingesetzt werden, wenn eine Governance lokaler Wissenskooperationen gestaltet werden soll. Neben Kooperationsverträgen sind regelmäßige Treffen auf Leitungsebene unabdingbar, ebenso Lenkungsausschüsse, Netzwerke mit Koordinationsstellen, jährlich aktualisierte Maßnahmenpläne sowie verpflichtende Berichterstattungen an das Stadtparlament. Diese Instrumente zielen darauf, Kommunikation zu strukturieren und einen Rahmen zu geben, diesen Austausch aufrecht zu erhalten.

Erfolgsfaktoren

In Kooperationen zwischen Hochschulen und lokalen Partnern können einige strategische Erfolgsfaktoren eingebaut werden, die sich in zwei Gruppen sortieren lassen: Wechselseitigkeit und Prozessgestaltung. Vereinbarungen über Ziele und Inhalte der Partnerschaft sowie verbindliche Absprachen über zu erbringende Leistungen dürfen nicht der operativen Umsetzung überlassen bleiben, sondern stellen strategische Weichenstellungen dar. Es bedarf einer Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten der Partner. Kontinuität ist organisatorisch abzusichern, da sie nicht zwingend im Selbstlauf entsteht und häufig personengebunden ist. Sand im Getriebe wirkt als Kooperationskiller, ist also zu vermeiden, etwa Überbeanspruchungen oder Konformitätsdruck, der dem Ausprobieren innovativer Ideen entgegensteht. Ebenso sind Institutionalisierungen von Kooperationen erfolversprechender, wenn Kooperationsbürokratie vermieden wird. Die Funktionsteilung innerhalb der Hochschule sollte als Potenzial und Motivationsressource anerkannt werden. Eine künstliche Zentralisierung der Aufgaben bei der Hochschulleitung würde ohnehin an administrative Grenzen stoßen, aber Rektorat beziehungsweise Präsidium und zentrale Verwaltung sollten Unterstützungswünsche bedienen. Abgesichert sein muss diese Dezentralität der Aufgaben auch durch Etablierung definitiver Ansprechpartner für die jeweiligen Wissenschaftsthemen auf Seiten der Stadt. Netzwerkstrukturen in der Stadt, zentral bereitgestellte Formate der Wissenschaftskommunikation, ggf. einen strategischen Entwicklungsplan sind wichtige Schlüsselstellen. Darüber hinaus muss Spielraum für Abweichungen bleiben, dafür ist es in beiderseitigem Interesse wichtig, den Prozess der Zusammenarbeit über Stadtratsbeschlüsse abgesichert zu wissen.



Oben: die Mensa der TU Clausthal, unten: die Mensa in Heide der FH Westküste
Fotos: Hansjörg Hörsel-
jau (oben), Studentenwerk
Schleswig-Holstein
(unten)

¹ Die Universitäten Bamberg, Bayreuth, Flensburg, Frankfurt/Oder, Freiberg/Sachsen, Gießen, Greifswald, Ilmenau, Kaiserslautern, Konstanz, Lüneburg, Marburg, Passau, Speyer, Tübingen, Vechta und Weimar. Eine Universität, die TU Clausthal, hat ihren Sitz in einer Kleinstadt.

² Im folgenden werden Ergebnisse mehrerer von uns durchgeführter Studien referiert, jüngst zusammengefasst in Hechler/Pasternack/Zierold (2018).